

5000 Eigenheime. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Werktätigen, die so große Leistungen in unserer Volkswirtschaft erzielten, unter der Führung unserer Partei auch mit diesem Erzübel der kapitalistischen Vergangenheit, der Wohnungsnot, fertig werden.

An unseren Universitäten und Hochschulen studieren rund 85 000 Studenten. 55 Prozent der Direktstudenten sind Söhne und Töchter unserer Arbeiter und Bauern. Im Verhältnis zur Gesamtzahl unserer Bevölkerung beträgt der Prozentsatz der Studierenden 4,5. Die Zahl der Studenten in Westdeutschland ist nur um knapp 30 000 höher und macht dort nur 2,3 Prozent der Bevölkerung aus. Das bedeutet, daß im Verhältnis zur Bevölkerungszahl an den Hochschulen der DDR jeweils zwei Studenten immatrikuliert sind, wenn sich die Pforten der westdeutschen Hochschulen für einen Studenten geöffnet haben. 97 Prozent unserer Studenten sind von allen Studiengebühren befreit, und 85 Prozent aller Direktstudenten erhalten ein Stipendium. Während bei uns der Anteil der weiblichen Studenten rund 30 Prozent beträgt, erreicht er in Westdeutschland knapp die Höhe von 17,7 Prozent. Das ist ein beredter Ausdruck für die Zukunftschancen, die der jungen Generation und dabei speziell ihrem weiblichen Teil in den beiden Teilen Deutschlands geboten werden.

Die Deutsche Demokratische Republik bietet ihrer Jugend eine Zukunft, die verknüpft ist mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Einige Zahlen aus dem Bonner Haushalt für 1955/56 verraten etwas über das Schicksal, das dort der Jugend bereitet werden soll. Unter der Sammelbezeichnung „Förderungsmaßnahmen für Landwirtschaft, Gewerbe, Verkehr, Wissenschaft, Kultur und Notstandsgebiete“ finden wir einen Posten, der ganze 4 Prozent der Bundesausgaben ausmacht und insgesamt 1236,2 Millionen DM beträgt. Dem stehen gegenüber: 7,8 Prozent oder 2,4 Milliarden DM, deklariert als „Bauten und dergleichen für die Alliierten“ und 30,3 Prozent oder 9,3 Milliarden DM sogenannte „Verteidigungslasten“. Welchen Umfang diese Etatsposten nach der offiziellen Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufrüstung annehmen werden, ist unschwer zu erraten.

Die ganze Last der NATO-Politik und der Militarisierung trifft in Westdeutschland mit voller Wucht das werktätige Volk und beschert ihm nicht nur steigende Lebenshaltungskosten, sondern auch den Abbau der demokratischen Grundrechte. Doppelt betroffen ist die Jugend, der nun Kasernen statt Schulen und Universitäten errichtet werden.

Die aggressiven Pläne der Machthaber von Bonn sind bekannt, werden sie doch von diesen selbst bei jeder Gelegenheit öffentlich verkündet: Als „Befreiung der Sowjetzone“ deklarierte gewaltsame Liquidierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und „Anschluß“ nach dem Muster des faschistischen Überfalls auf Österreich und die Tschechoslowakei; Einbeziehung des Gebiets der DDR in das militärische Aufmarschgebiet der NATO, in der die westdeutsche Militärmaschine das stärkste Potential darstellen soll; weiterer militärischer Vorstoß gegen die Volksdemokratien Polen und CSR zur „Befreiung Ostdeutschlands“. Zur Korrektur der Niederlage des deutschen Imperialismus von 1945 soll ein Revanchekrieg entfesselt werden, der sich naturnotwendig zu einem dritten Weltkrieg ausweiten muß, auch wenn zur Tarnung heute von den Bonner Kriegstreibern davon gesprochen wird, daß sie nur einen „lokalen Krieg mit konventionellen Waffen“ ins Auge fassen.